

MATTERSBURG-BANK

"Finanzombudsmann" Zmuegg will Geld von Republik

Im Bilanzskandal um die burgenländische Commercialbank Mattersburg will der selbst ernannte "Finanzombudsmann" Gerald Zmuegg gemeinsam mit der Anwaltskanzlei Christandl & Partner für Geschädigte Geld von der Republik Österreich holen, weil man Fehler auch bei der Aufsicht ortet. Zuerst soll eine außergerichtliche Einigung versucht werden, notfalls will man klagen, hieß es am Montag zur APA.

Von [APA](#) / [BVZ.at](#). Erstellt am 20. Juli 2020 (10:23)



Symbolbild

( Shutterstock, welcomia)

Der Bilanz-Prüfer TPA und die Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) hätten über bestimmte Auffälligkeiten stolpern müssen. Das zeigten die Analysen etwa von Bilanzsumme, Kreditvolumen und Einlagen bei anderen Banken. Die Bilanzsumme der Cb Mattersburg sei - angeblich - von 2013 bis 2018 um 37,25 Prozent gestiegen, die Einlagen bei Banken zugleich um 51,08 Prozent, die Kredite an Kunden aber lediglich um 9,20 Prozent. Die Verzinsung für die Einlagen seien im Schnitt bei 0,85



verweist der Geschäftsführer der Zmuegg Vermögensverwaltung GmbH. (Wien) auf Ungereimtheiten.

Insbesondere stünden die jüngsten FMA-Aussagen dazu im Widerspruch. FMA-Vorstand Helmut Ettl hatte am Freitag zum ORF gemeint, ein Wirtschaftsprüfer habe die Aufgabe, sich genau zu vergewissern, dass die Positionen einer Bank bei anderen Banken in Ordnung sei, und er müsse diese anderen Banken auch entsprechend befragen. "Und daher ist es uns ein Rätsel, warum hier über Jahre scheinbar nicht eingegriffen wurde", so Ettl: "Es gibt eine Wirtschaftsprüfer-Aufsicht, die sich das natürlich genauer anschauen muss." Der FMA-Vorstand weiter: "Wir haben in den letzten Jahren immer wieder auch Ergebnisse von Prüfungen gehabt, sind diesen Sachen nachgegangen, haben auch in verschiedenen Bereichen Anzeige an die Staatsanwaltschaft abgesetzt."

Zmuegg erklärte am Montag, für Unternehmen, die mit Veranlagungen von der Causa Commerzialbank betroffen seien, habe man mit der Kanzlei Christandl & Partner ein Konzept bzw. einen Leitfaden entwickelt und wolle "zunächst im außergerichtlichen Wege versuchen, die entstandenen Schäden von der Republik zurückerhalten".

Dazu werde man in den nächsten Wochen Kontakt mit dem Masseverwalter und den staatlichen Vertretern aufnehmen. Klagen gegen die Republik seien "erfahrungsgemäß langwierig". Und Klagen gegen Wirtschaftsprüfer seien betragsmäßig beschränkt. Sollten die Gespräche mit Masseverwalter und staatlichen Vertretern scheitern, habe man den Betroffenen empfohlen, unter Berücksichtigung der Verjährungsfristen den Rechtsweg zu beschreiten.

Dabei könne man auf das Know-how zu den Causen Bank für Handel und Industrie (BHI) und Riegerbank sowie der Pleite des Finanzdienstleisters AMIS zurückgreifen, bei denen Christandl & Partner jeweils Musterverfahren gegen die Republik Österreich gewonnen habe. "Ich bin überzeugt, dass die Unternehmen unabhängig von der Mitverschuldensfrage einen Großteil ihrer Veranlagungen zurückerhalten", meinte Zumuegg.

Der Prozessfinanzierer Advofin hatte bereits vorige Woche eine Sammelklage im Skandal der Commerzialbank Mattersburg an. "Es haben sich bereits viele Gemeinden und Kunden, die mehr als 100.000 Euro auf Konten liegen haben, bei uns gemeldet", so Advofin-Chef Gerhard Wüest im Samstag-"Kurier" (Samstag). Etwa das Zinsergebnis in der Bilanz sei "völlig unglaubwürdig", meinte Wüest in Richtung TPA-Wirtschaftsprüfer.